

**Demont** sehr erstaunt gewesen sei, da zwischen den beiden Ländern kein schriftliches Vereinkommen bestehe.

Das Telegramm hat viel Wahrscheinlichkeit in sich und man dürfte wohl die beiden Worte, die in der französischen Rätsel stehen, und die in der Welt sonst Staub aufwerfeln: „Allianz oder Entente“ bald fürzen und einfach sagen: „Allianz über Ente.“

### Deutsches Reich.

**Berlin**, 16. Juni. Wenn die Blätterstellung, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses ihm die Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals verwehre, richtig ist, so werden, da der erste Vizepräsident des Abgeordnetenhauses gleich dem ersten Reichstagspräsidenten dem Centrum angehört, beide gesuchte Berliner Parlamente bei dieser Nationalfeier durch untermalte Spulen vertreten sein. Auch keine erhebende Ercheinung.

\* **Berlin**, 16. Juni. Die Festschrift zu der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, welche, verlost vom Geh. Reg.-Rath Brem, im Beilage von Wih., Ernst & Sohn am 21. d. M. erscheint, wird außer dem auf dem Eröffnungsbau bezüglichen Daten eine Geschichte des Kanals aus bringen. Der Grundsteinlegung im Jahre 1857 bringt die Festschrift, wie ein bissig Blatt schon jetzt mittheilen kann, folgende interessante Bemerkungen:

„Bei der beginnenden Bevölkerung war man einstimmig der Ansicht,

dab' bei dem hohen Alter Kaiser Wilhelms I. nicht darauf zu rechnen sei, daß dieser der Welt mehr bewohnen wünse, und es wurde demgemäß ein Programm entworfen in der Hoffnung und unter der Annahme, daß Se. Kaiser und König höchst der Kronprinz Se. Majestät vertrauen werde. Dieses Programm fand die Billigung des Reichstages; als aber in seinem Nachtrag der Staatssekretär von Voettich es Seiner Majestät zur Gesetzmäßigkeit vorlegte, äußerte der helle Herr (nach nämlichen Mitteilungen von Voettich) : Das ist ja sehr schön, aber warum soll ich nicht dabei sein?“ und erwiderte auf die des Entwurfes begünstigte Erklärung des Staatssekretärs, wie man nicht zu hohen Preisen das Se. Reichstag an den Hinteren mitten hineinwerfen wolle: „Veran nicht!“ Erstes bis Ich berjeige, den den Kanal wieder aufzugeben hat, zweites bis Ich lange nicht in der Prov. gewesen, die ich sehr gern wieder einmal besuchen möchte, und drittens mögt sich das jetzt noch sehr gut, weil mein Uncle Heinrich noch unverheirathet ist. Denn, wenn der jetzt einmal geheirathet ist, nein, so nicht, ob Ich noch im Käfer Schloss unterkommen kann!“ Darauf hat dann der Staatssekretär, einen anderen Programmantritt vorlegen zu dürfen. Und so wurde denn noch mal kein Wunsch zu lassen gewagt, der große Kaiser kam nach Kiel zur Grundsteinlegung. Am Abend des 2. Juni 1857 traf er in Kiel ein, begleitet von seinem kleinen Enkel, Prinzen Wilhelm, des jetzigen königlichen Prinzen und Königs Wilhelm, empfangen von seinem großen Enkel, des Prinzen Heinrich förmlicher höflich, und begrüßt von dem Jubel der Städte Kiel an Kopf und Füßen aus allen Thieren der Provinz und der nächstliegenden Städten des Reiches. Schließlich freilich mußten alle die hohen Gehalte des erlauchten Thronen, um so feierlicher, also kurz vorher die Feierlichkeiten die erste Kunde von jenseits Erde an jedem sächsischen Helden gekreist hatten, dem es dieses wenig nicht als Juxkostüm eingesetzt haben. Lebhaft bewußt wurde auch allgemein das Freudenfest des Reichskanzlers, der bei diesen Unternehmungen, wie fröhlich, sonst auch, dem Willen jenes förmlichen Herrn mit Füllschiffen und Thauftafel die Ausführung gesieht hat.

Als Beweis für das lebhafte Interesse, daß Kaiser Wilhelm I. für den Nord-Ostsee-Kanal hegte, und für die große Freude, die ihm die wohlgeborene Heir der Gründungslegung bereitete hatte, führt die Festschrift folgendes an: „Kaiser Wilhelm erkannte bald nach der Ankunft an einer Reise, die er sich wahrscheinlich darunter zugezogen hatte, daß er längere Zeit während der Holzmauer Seiter sein einzögiges Herz dem belißt wünschte, nicht unbedenklich und vorurtheilhaft, um 19. Juni 1857 den Reichstag, der seine Sitzungen bereit hatte, in Berlin zu föhren. Das von dem damals beauftragten Staatssekretär von Voettich erhaltene schriftliche Melbung von der Ausübung des Reichs zur Schließung führte bei Kaiser Wilhelm I. noch bestürzt, eigentlich mit Hoffnung, den Tag für die Aufführung eines Besuchs an d. Voetticher und dessen weiter: „Sleichterlich wiederholte Ich hiermit nochmals Ihnen Meines Dank für die so überaus würdig und impoante Gründungslegungsfestheit bei Kiel am 3. Inst. die in allen Ihren Theilen so richtig, edel und wichtig verlief. Ich trage gern die dafür vor König eingetragene Medaille, da Ich um nichts — (der Wort ist im Original unterstrichen) — die Freude aufzeigt, diese nationale Freiheit haben beschworen zu dürfen.“

Heute früh um 7 Uhr 34 Min. begrüßte der Kaiser auf der Wildparkstation den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Griechenland, sowie den Prinzen und die Prinzessin Friedrich Carl von Hessen, welche dort aus Groningen eintrafen, um gegen 10 Uhr Mittag im Neuen Palais vertheilten, sich dann verabschiedeten und um 11 Uhr 55 Min. nach Berlin fuhren, um von hier aus um 12 Uhr 50 Min. die Reise nach Kiel fortzusetzen. Um 12 Uhr Mittag wurde der neue Polizeipräsident von Berlin v. Wiedheim von dem Kaiser empfangen. Um 4 Uhr traf der Kaiser auf dem Dampfer „Athenia“ in Gdynia ein und empfing die Egerer „Schlesier“ und „Westpreußern“, denen er Preise übergabt. Abends reiste er in strengstem Incognito nach München, um dort den Umbau

und die Neuordnung der Schloss-Gallerie zu besichtigen. Die Rückreise nach Potsdam wird am Montag Abend angetreten.

— Nach der Kritik des Exercices der Garde-Cavallerie-Division auf dem Vortheater führte, bei dem der Kaiser persönlich unter dem Commandeur der Division Generalleutnant v. d. Planitz die Kavallerie-Brigade führte, wurde dieser zum Cavallerie-Inspecteur an Stelle des bisherigen Inspecteurs General v. Rosenburg ernannt. Mit dem seit längerer Zeit leidenden General von Rosenberg scheidet einer unserer bedeutendsten Reiterschüler aus der Armee.

— Bei Aufführung des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen eingesetzten Mannschaften und Zweig darunter hervortretende, ob sie einberufen, aber als sogenannte Procedentes nicht zur Einstellung gelangte Mannschaften Unterstützungen für einen halben Monat oder nur für die Zeit der tatsächlichen Abwesenheit vom Wohnsitz zu gewähren sind. Der Reichskanzler hat sich durch eine im „W. B. I. d. innerer Vertr.“ abgekürzte Verfassung dahin entschieden, daß bei Nichtentstehung oder vorzeitiger Verfassung dahin entschieden, daß die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen eingesetzten Mannschaften sich zur auf diejenigen Tage (einmalig der verschiebenen Marschzusage) erstreckt, in denen der Einberufung einer Bürgerlichen Beschäftigung durch die Einberufung tatsächlich entzogen ist. Ebenso ist auch bei denjenigen Mannschaften zu verfahren, die in Verbindung einer Reklamation nicht zur Einstellung gelangt sind.

— Zur Publication des „Reichsanzeigers“ über Herrn von Voettich schreibt man dem „Hamb., Corr.“ aus Berlin: Wie geht die Besprechung ist, ob die Rede des Fürsten Bismarck am 9. d. M. in Regierungskreisen — um nicht mehr zu sagen — hinterlistet hat, beweist die Richtigkeit des „Reichsanzeigers“, die Minister von Voettich gegen den Vorwurf, daß er an seinem Amt liege, in Schlag nimmt. Man will wissen, daß der letzte Bericht des Fürsten und Friedrichs steht und alle Hoffnungen auf Wiederherstellung eines guten Einvernehmen prüfen den beiden Centralpunkten unterstes nationales Leben ettel waren.

\* **Friedrichsruh**, 16. Juni. Die Abfrage, die bereits an-

gesetzten Empfänge beim Fürsten Bismarck hat zu Verhandlungen über seinen Schwabedau und Beratung gegeben. Demgegenüber steht der „L.A.“ aus bester Quelle folgendes mit: Fürst Bismarck befindet sich zur Zeit vollständig wohl und wird nur zuweilen von seinem alten neuralgischen Leiden, den Geschwüren, geplagt. Die kleine Indisposition, von welcher der Fürst befallen war, ist bereits geschwunden. Wie zufriedenstellend der Gesundheitszustand des Fürsten ist, geht daraus hervor, daß Prof. Schweninger bei seinem Besuch werden sollte, die gegen seinen Willen das Reichschoffizio noch im Capri-Garde zu erhalten suchten. Bevorstest man aber, daß die „Hamb., Nachr.“ jetzt sagen, eine Verlängerung oder ein Angriff des Fürsten würden die entgegengesetzte Wirkung erzielen, so besteht man nicht, welchen praktischen Zweck vor der Abstimmung im Budgetausschuß zu einem Arrangement zu gelangen. Die „Neue Freie Presse“ und das „Neue Wiener Tagblatt“ halten eine Ministerkrise für unmittelbar bevorstehend. Das „Vaterland“ sagt, alles bisher Verlautende sei ohne festen Bezugpunkt, es widerspreche die Natur des Verhältnisses oder den geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Nur darin beruhe die Übereinstimmung, daß die Regierung jetzt die Initiative ergreifen müsse, um durch ihren Entschluß die obwaltende Verunsicherung zu beendigen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Pest, der vorgestern beigelegte Brief des Fürsten sei wieder ausgeschrieben, da die Minister die bewilligten Fortsetzungen nicht respektieren.

\* **Wien**, 16. Juni. Den bisherigen Blättern zufolge fanden gestern Ministerkonferenzen statt. Die Blätter spiegeln die veränderte innere Situation wieder. Nach dem „Fremdenblatt“ befinden die Koalitionsparteien Geweige für alle Verschläge, welche zur Vermeidung der Krise führen könnten. Es steht auch nicht mit grausamen Wahlen, bezüglich der Frage des Schwabedau zu Gilli noch vor der Abstimmung im Budgetausschuß zu einem Arrangement zu gelangen. Die „Neue Freie Presse“ und das „Neue Wiener Tagblatt“ halten eine Ministerkrise für unmittelbar bevorstehend. Das „Vaterland“ sagt, alles bisher Verlautende sei ohne festen Bezugpunkt, es widerspreche die Natur des Verhältnisses oder den geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Nur darin beruhe die Übereinstimmung, daß die Regierung jetzt die Initiative ergreifen müsse, um durch ihren Entschluß die obwaltende Verunsicherung zu beendigen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Pest, der vorgestern beigelegte Brief des Fürsten sei wieder ausgeschrieben, da die Minister die bewilligten Fortsetzungen nicht respektieren.

\* **Wien**, 15. Juni. Im Marine-Ausschuß der ungarischen Delegation erklärte Marincommandant Baron Sternegg, Österreich-Ungarn habe sich stets von der beobachteten Konkurrenz im Schiffbau, was die Größe der Schiffe anlangt, ferngehalten. Ein verhältnismäßig großer Aufwand ist schwierig, es ist schwer zu verhindern, daß die Regierung jetzt die Initiative ergreifen müsse, um durch ihren Entschluß die obwaltende Verunsicherung zu beendigen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Pest, der vorgestern beigelegte Brief des Fürsten sei wieder ausgeschrieben, da die Minister die bewilligten Fortsetzungen nicht respektieren.

\* **Wien**, 15. Juni. Im Marine-Ausschuß der ungarischen Delegation erklärte Marincommandant Baron Sternegg, Österreich-Ungarn habe sich stets von der beobachteten Konkurrenz im Schiffbau, was die Größe der Schiffe anlangt, ferngehalten. Ein verhältnismäßig großer Aufwand ist schwierig, es ist schwer zu verhindern, daß die Regierung jetzt die Initiative ergreifen müsse, um durch ihren Entschluß die obwaltende Verunsicherung zu beendigen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Pest, der vorgestern beigelegte Brief des Fürsten sei wieder ausgeschrieben, da die Minister die bewilligten Fortsetzungen nicht respektieren.

\* **Aachen**, 15. Juni. Heute haben Verhandlungen zwischen dem Landesdirektor Geheimen Oberregierungsrath Dr. Klein und der Aktionergenossenschaft stattgefunden.

Dr. Gellert von der Provinzial-Justizanstalt zu Grafschaft und Dr. Flügel von der Provinzial-Justizanstalt zu Merzig sind mit den Erfolgen für die vom Landesdirektor der Rheinprovinz in Marienberg untergebrachten Kranken beauftragt worden und haben ihr Amt bereits angetreten. Die beiden Herren sind ferner beauftragt, die Verbringung der Kranken des Landesdirektorates herzustellen, daß die Kranken zunächst nach Kategorien geordnet und die Krankenjournalen jeweils zum Kaiser des Kaiserreichs überbracht werden. Gleichzeitig wird die Verbringung auf bloßmütige Kinder und geisteskranke Epileptiker beauftragt, während die Geisteskranken in den neu eingerichteten Pflege-Institut Marienberg verbleiben. Die Aktionärer haben sich verpflichtet, in der Zwischenzeit allen Anordnungen der beiden Herren unverzüglich zu folgen. Nach einem vorläufigen Abkommen des Landesdirektors mit der Aktionergenossenschaft mietet die Provinz die Justizanstalt Marienberg mit dem Inventar zunächst bis zum 15. Juli. Weiteres beschließt der am 2. Juli zusammenkommende Provinzial-Ausschuß der vorwärts Marienberg auf zwei Jahre mietet wird. Die vom „Echo der Gegenwart“ mitgeteilte Nachricht, daß die Staatsanwaltschaft in dem Prozeß Weilige Redaktion angemeldet habe, wird als ungutrechtfertig bezeichnet. (A. B.)

\* **Görlitz**, 15. Juni. WALTER BABBEN ist jetzt auch zum Reiteren der österreichischen Kreuzer allen Kommandanten entsendet, und die österreichisch-ungarischen Kreuzer-Division in Kiel eine herausragende Stellung auch in technischer Hinsicht durch Form und Ausführung eingenommen werden.

\* **Altenburg**, 15. Juni. Herzog Ernst hat die Trial- und Bedien in Altenburg beendet und ist nach Weimar auf dem Weg dorthin. Bei der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals wird Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg den Herzog vertreten.

\* **Aachen**, 15. Juni. Heute haben Verhandlungen zwischen dem Landesdirektor Geheimen Oberregierungsrath Dr. Klein und der Aktionergenossenschaft stattgefunden.

— Dem Generals-Justizialer in New-York Heigel nach der Ghoras ist als Generals-Justizialer verliehen.

— Der am 12. d. M. in Berlin vertheilte Beseeadress zu d. Kindertag vor einer der ersten Grossstädte, die als Altpatrasse die damals prächtige Marie getragen sind. Seit Eintritt in die Stadt erfolgte die Anerkennung der Stadt als eine der schönsten der Welt.

\* **Den Haag**, 15. Juni. Der Centraal-Spoorweg-Koninklijk Nederlandsche Spoorweg-Maatschappij hat die Ausführung eines neuen Gesetzes mit dem Reichstag beschlossen.

\* **Hamburg**, 16. Juni. Die „Hamb., Nachr.“ ver-

öffentlichten unter der Überschrift „Herr v. Voettich“ einen Artikel, aus dem mit voller Deutlichkeit wenigstens das eine erfreulich wird, daß Fürst Bismarck, als er beim Empfang des Bundes der Landesvereine in sehr schwarzer Weise gegen die Handelsvertragspolitik, die „Sieber als Minister“ und die „Drosten, die regieren“, sich aussieht, in erster Linie an den Staatssekretär Dr. v. Voettich gedreht hat.

Der Artikel bestreitet nämlich die Richtigkeit der Wahrung des Reichs, daß dieser Minister bereits im Februar 1890 den Wunsch ausgedroschen habe, entlassen zu werden. Auch habe Fürst Bismarck niemals, um wenigstens im Februar 1890, die Verfügung über die Ministerposten gehabt. Hätte er davor aber die Entlassung des Herrn v. Voettich befürchtet, so würde er das Gegebeut erreicht haben. Den gleichen Erfolg hätte er vorausgesetzt, wenn er bei seiner Rede an den Bund der Landesvereine die Abfahrt gehabt hätte, den Rücktritt eines aktiven Staatsministers zu fordern. Und dieser Wendung geht zugleich hervor, daß zwischen Berlin und Friedrichsruh durch die „Verjährungsbedeute“ eine innere Annäherung nicht

wurde.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—